

BESCHLUSSVORLAGE V0652/25 öffentlich	Referat	Referat VIII
	Amt	Referat für Wirtschaft
	Kostenstelle (UA)	7901
	Amtsleiter/in	Rosenfeld, Georg, Prof. Dr.
	Telefon	305 - 3200
	Telefax	/
	E-Mail	wirtschaftsreferat@ingolstadt.de
	Datum	26.09.2025

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungsergebnis
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	22.10.2025	Vorberatung	
Stadtrat	30.10.2025	Entscheidung	

Beratungsgegenstand

Aussetzung Runder Tisch Mobilfunk
(Referent: Herr Prof. Dr. Rosenfeld)

Antrag:

Der Stadtrat beschließt die Aussetzung des Runden Tisches Mobilfunk bis auf weiteres.

gez.

Prof. Dr. Georg Rosenfeld
Berufsmäßiger Stadtrat

Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten:

☐ ja

☒ nein

☐ Pflichtaufgabe gem.

☐ Freiwillige Aufgabe

Bürgerbeteiligung:

Wird eine Bürgerbeteiligung durchgeführt:

☐ ja

☒ nein

Kurzvortrag:

Der Runde Tisch Mobilfunk wurde 2021 (V0587/21) als aggregiertes städtisches Informations-Instrument für beteiligte Dienststellen und Referate in Bezug auf den aktuellen Stand und die Ausbauplanung des 5G-Mobilfunknetzes eingerichtet. Eine Evaluation der vergangenen Jahre zeigt, dass der Mehrwert gegenüber dem jährlichen schriftlichen Mobilfunkstatusbericht gering ist. Die Teilnahme war zuletzt stark rückläufig. Zudem lassen sich fachliche Fragestellungen im direkten Austausch der zuständigen Dienststellen mit den Netzbetreibern effizienter klären.

Insgesamt haben die anfänglichen Bedenken der Bürgerschaft in Bezug auf die Auswirkungen des Mobilfunkausbaus deutlich abgenommen, vielmehr wird der Ausbau größtenteils unterstützt, da die bestehenden Bedarfe klar erkennbar sind.

Die im Zuge der personellen Konsolidierung erforderliche Effizienzsteigerung erzwingt eine Überprüfung und Straffung der Abläufe. Daher soll der Runde Tisch Mobilfunk bis auf weiteres ausgesetzt werden. Die Transparenz und die gesetzlich verankerte kommunale Mitwirkung bleiben über den Mobilfunkstatusbericht sowie den direkten Austausch der Fachstellen gewährleistet. Sollte künftig ein erhöhter Bedarf entstehen, kann das Format jederzeit erneut einberufen werden. Die IFG steht als Koordinierungsstelle für Verwaltung, Politik und Bürgerschaft unabhängig davon weiterhin zur Verfügung.